



HESSISCHER LANDTAG

24. 10. 2025

Kleine Anfrage

**Sandra Weegels (AfD), Pascal Schleich (AfD), Bernd Erich Vohl (AfD),
Christian Rohde (AfD), Heiko Scholz (AfD), Lothar Mulch (AfD),
Andreas Lobenstein (AfD) und Jochen K. Roos (AfD) vom 04.09.2025**

**Folgeanfrage zur Kleinen Anfrage: „Schülis gegen Rechts“ und Teilnahme von
Schulklassen mit Lehrern an einer Versammlung in Frankfurt, Drucksache 21/2393**

und

Antwort

Minister für Kultus, Bildung und Chancen

Vorbemerkung Fragesteller:

Die Antwort von Herrn Staatsminister Schwarz auf die Kleine Anfrage: „Schülis gegen Rechts“ und Teilnahme von Schulklassen mit Lehrern an einer Versammlung in Frankfurt, Drucksache 21/2393, führt zu folgenden Nachfragen:

Vorbemerkung Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Die Landesregierung tritt jeder Form von Extremismus entschieden entgegen. Die regelmäßigen Berichte der Verfassungsschutzbehörden belegen, dass extremistische Äußerungen und Handlungen im politischen und vopolitischen Raum in Deutschland in besorgniserregendem Ausmaß stattfinden. Die Vermittlung demokratischer Werte, die Förderung politischer Bildung sowie die kritische Auseinandersetzung mit extremistischen Ideologien gehören vor diesem Hintergrund zu den grundlegenden Elementen eines wertorientierten Bildungswesens.

Die Werte- und Demokratiebildung genießt im Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen (HMKB) daher höchste Priorität. Für Schulen bestehen zahlreiche Angebote im Bereich der Werte- und Demokratiebildung sowie Extremismusprävention. Unter anderem werden Gedenkstättenbesuche gefördert, das Projekt der Netzwerk-Lotsen ausgebaut, die Zusammenarbeit mit den Jugendoffizieren der Bundeswehr gestärkt, die Antisemitismusprävention mit verschiedenen Kooperationspartnern intensiviert und die Handreichung zur „Grundrechtsklarheit, Wertevermittlung, Demokratieerziehung“ sowie die Broschüre „Schulpraxis Demokratiebildung“ für hessische Lehrkräfte herausgegeben. Darüber hinaus wurde die landesweite Initiative zur Werte- und Demokratiebildung zum Schuljahr 2025/2026 auf alle Schulen, Jahrgangsstufen und Schulfächer ausgeweitet. Um Schulen bei dieser Initiative bestmöglich zu unterstützen, hat das HMKB die WERTvoll-Plattform als ein neues digitales Angebot zur Werte- und Demokratiebildung bereitgestellt. Dort finden Lehrkräfte erprobte Maßnahmen, Unterrichtsbeispiele, Projekte, Fortbildungen, Kooperationspartner und passende Ansprechpersonen vor Ort.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1 Wie ist, auch aufgrund des gerade in der linksextremistischen Szene immer weiter um sich greifenden Antisemitismus, das, durch die Landesregierung in ihrer Vorbemerkung genannte, Ziel der Antisemitismusprävention in Einklang zu bringen mit der Tatsache, dass auf der von einer Schulklasse in der Schulzeit besuchten Demonstration verummte linksextremistische Redner Solidarität mit inhaftierten Linksextremisten forderten?
- Frage 2 Ist die Landesregierung der Auffassung, dass der Besuch der in der Ursprungsanfrage genannten linksextremen Demonstration dem durch die Landesregierung in ihrer Beantwortung der Ursprungsanfrage genannten Ziele dienlich war, „jede Schule unter Berücksichtigung ihrer individuellen Voraussetzungen darin zu stärken, gezielt Maßnahmen zur Förderung demokratischer Grundwerte wie Respekt, Toleranz und demokratischem Miteinander umzusetzen“? Die Antwort bitte begründen.

- Frage 3 Inwieweit ist die durch die Landesregierung in ihrer Antwort zu den Fragen 6 bis 9 der Ursprungsanfrage getätigte Aussage, dass die Landesregierung „jeder Form von Extremismus entschieden entgegentritt“, vereinbar mit der Tatsache, dass eine hessische Schulklasse in ihrer Unterrichtszeit gemeinsam mit Lehrkräften eine Demonstration besucht, auf der klar extremistische Positionen vertreten und ebenso extremistische Forderungen erhoben werden? Die Antwort bitte begründen.
- Frage 4 Welcher konkrete Zweck beziehungsweise welches konkrete Ziel sollte durch die Teilnahme der Schulklasse an der in Rede stehenden Demonstration verfolgt werden?
- Frage 5 In welchem Umfang konnte das verfolgte Ziel des „Unterrichtsgangs“ erreicht werden?
- Frage 6 Welche Erkenntnisse über Art, anmeldende Organisation(en), teilnehmende Personenkreise und Motto/Thema der in Rede stehenden Versammlung lagen den begleitenden Lehrkräften beziehungsweise der genehmigenden Schulleitung vor Beginn des Unterrichtsgangs vor?
- Frage 7 Auf wessen Initiative hin wurde die Demonstration besucht? Bitte insbesondere darauf eingehen, ob der Besuch auf eine Initiative von Schülern, Lehrkräften oder Eltern zurückging.
- Frage 8 Wurde der Besuch der Demonstration durch die begleitenden Lehrkräfte unmittelbar abgebrochen, nachdem verummte linksextreme Redner das Wort ergriffen und unter anderem Solidarität mit inhaftierten linksextremen Straftätern gefordert hatten? Die jeweilige Antwort bitte begründen.
- Frage 9 In welcher Form, unter Teilnahme welchen Personenkreises und mit welchem Ergebnis wurde der Besuch der Demonstration mit den teilnehmenden Schülern nachbereitet?

Die Fragen 1 bis 9 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Werte- und Demokratiebildung kann und soll auch durch schulische Veranstaltungen wie beispielsweise Exkursionen stattfinden. Die Teilnahme an Versammlungen kann einen Beitrag zur Werte- und Demokratiebildung der Schülerinnen und Schüler leisten, wenn die Teilnahme im Unterricht vor- und nachbereitet wird. Schulische Veranstaltungen dürfen zudem nur im Einvernehmen mit der Schulleiterin beziehungsweise dem Schulleiter durchgeführt werden. Dieses Einvernehmen darf nur erteilt werden, wenn eine Veranstaltung mit dem gesetzlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag nach § 2 HSchG und den Grundsätzen zur Verwirklichung dieses Auftrages nach § 3 HSchG vereinbar ist.

Am 07.03.2025 fand in Frankfurt am Main eine Versammlung statt, die durch die Gruppierung „Schüli gegen Rechts“ angemeldet wurde. An der Versammlung samt Aufzug nahmen in der Spitze 160 Personen teil. Die Versammlung dauerte von 11:00 Uhr bis circa 12:45 Uhr. Zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gehörten auch 30 Schülerinnen und Schüler der Josephine-Baker-Gesamtschule Frankfurt am Main in Begleitung von drei Lehrkräften und mehreren Eltern in der Zeit von circa 11:20 Uhr bis circa 12:00 Uhr. Die ausschließlich freiwillige Teilnahme dieser Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte an der Versammlung war von der Schulleiterin als Unterrichtsgang genehmigt worden. Sämtliche teilnehmenden Schülerinnen und Schüler verfügten über eine Einwilligung ihrer Eltern beziehungsweise Erziehungsberechtigten in die Teilnahme.

Der Unterrichtsgang zur Versammlung wurde von einer Gruppe von Schülerinnen und Schülern angeregt und daraufhin durch die Lehrkräfte bei der Schulleiterin beantragt. Der Unterrichtsgang wurde im Unterricht thematisiert und vorbereitet. Den Schülerinnen und Schülern, die freiwillig und mit Einverständnis ihrer Eltern der Veranstaltung beiwohnen wollten, sollte die Möglichkeit eröffnet werden, eine Versammlung als Ausdruck demokratischer Willensbildung und direkter Partizipation zu erleben. Der inhaltliche Schwerpunkt der Versammlung, demokratiefeindlichen und diskriminierenden Bestrebungen entgegenzutreten, wurde im Unterricht reflektiert behandelt. Wie zwischen der Schulleiterin und den begleitenden Lehrkräften vereinbart, wurden Inhalt und Verlauf der Versammlung sowie die Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler im Nachgang differenziert und kritisch im Unterricht nachbereitet.

- Frage 10 In welcher Form will das Hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen als oberste Schulaufsichtsbehörde künftig verhindern, dass Schulklassen in der Unterrichtszeit an extremistischen Demonstrationen respektive Versammlungen teilnehmen, im Verlauf derer unzweideutig extremistische Redebeiträge erfolgen? Die Antwort bitte begründen.

Auf die Vorbemerkung sowie auf die Antwort zu den Fragen 1 bis 9 wird verwiesen.

Wiesbaden, 16. Oktober 2025

Armin Schwarz